

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verein 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inländisch Vierteljahrspreis, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Verlags G. L. Verlags-Strasse 20.

Die wichtigsten Monatshefte über den Raum kosten 4,- M. einschließlich Zustellung. Monatshefte: Das letzte Heft der Welt 2,- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Zustellung. Vierteljahrshefte: Letztes Heft 5,- M., jedes weitere Heft 4,- M., einschließlich Zustellung. Halbjahrshefte: Letztes Heft 10,- M., jedes weitere Heft 9,- M., einschließlich Zustellung. Jahreshefte: Letztes Heft 20,- M., jedes weitere Heft 18,- M., einschließlich Zustellung. Preisänderung: Januar 1921 2030, 2045, 4516, 4602, 4635, 4640, 4921

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der neue Putzsch

Ernst Situation — Erhöhte Wachsamkeit

Die Warnung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vor der Gefahr eines neuen Putzsches ist weit erster zu nehmen, als es anfänglich erschien. Das Stinnesblatt ist zwar nach der Abgabe seines ersten Schreckschusses still geworden, aber in der übrigen Presse werden weitere Einzelheiten über das geplante Unternehmen beigebracht. Wir haben schon wiederholt angedeutet, daß die Rechtsparteien über den Ausgang der Preußenwahlen sehr enttäuscht sind, vor allem die Deutschnationalen, denn diese glaubten, bei den Wahlen alle anderen Parteien derart überflügeln zu können, daß es ihnen möglich sein werde, das Steuer der preussischen Regierungspolitik allein in die Hand zu nehmen.

Nach dem Ausgang der Wahlen bietet sich nun für die Deutschnationalen keinerlei Möglichkeit, an der Regierung teilzunehmen. Dadurch hat die putschistische Richtung innerhalb der monarchistischen Kreise die Oberhand bekommen. Sie drängt jetzt nach Taten, weil ihr der verfassungsmäßige Weg zu langwierig erscheint und keine Aussichten auf irgendeinen ernsthaften Erfolg im monarchistischen Sinne bietet. Die putschistischen Kreise sehen unter der Führung jener Männer, die auch den Kapp-Putsch ins Werk gesetzt hatten. Neben politischen Desperados und Abenteuerern sind es in erster Linie jene kaiserlichen Offiziere, die in der Wehrmacht kein Unterkommen fanden, und es die nach dem Kapp-Putsch entlassenen Offiziere der Reichswehr und der Sicherheitspolizei, die heute wieder nach kriegerischen Lorbeeren streben.

Der Einfluß all dieser Männer ist nicht zu unterschätzen. Sie stützen sich bei der Verwirklichung ihrer Pläne in erster Linie auf die Einwohnerwehren und die Orgesch, die nicht nur in Bayern, sondern auch in den übrigen Reichsteilen schlagfertig gerüstet ist. Und genau wie beim Kapp-Putsch können die Verschwörer auch diesmal wieder auf die Mitwirkung großer Teile der Reichswehr und der Sicherheitspolizei rechnen, deren Führerschaft in seiner übergroßen Mehrheit aus Offizieren besteht, die heute lieber als morgen bereit sind, der Republik einen Fußtritt zu versehen. Es handelt sich also nicht um einen kleinen einflusslosen Personenkreis, der seine dunklen Pläne schmiedet, sondern um eine weitverzweigte Verschwörung. Diese Dinge sind selbst der „Germania“ verschwiegen, die in ihrer heutigen Morgenausgabe u. a. schreibt:

„Nach unseren Informationen sind in der Tat Dinge im Gange, denen man die allergrößte Aufmerksamkeit widmen muß. Es handelt sich um Strömungen mit einem nationalbolshewistischen Einschlag, ähnlich wie sie vor kurzem im Zusammenhang mit den Pariser Forderungen in München zutage getreten sind. Legendensweise politisch oder militärisch verantwortlichen Stellen oder Persönlichkeiten können freilich mit diesen Dingen in keinerlei Verbindung gebracht werden. Es handelt sich vielmehr um eine, in ihrer Agitation allerdings recht ernst zu nehmende Gruppe, die am Werte ist, die gegenwärtige große Erregung zu unbedenklicher Agitation auszunutzen. Es scheint schließlich, daß sich in Berlin ein nicht unerheblicher Kreis solcher, wie aber immer wieder betont werden muß, politisch und militärisch völlig unverantwortlicher Personen aus den beiden extremsten Lagern zusammengefunden hat, die in der nächsten Zeit den Versuch wagen wollen, zu einer größeren Demonstration in Berlin aufzurufen, von der nur noch nicht feststeht, ob sie bewaffnet oder unbewaffnet vorgenommen werden soll.“

Auch der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner heutigen Morgenausgabe nähere Einzelheiten über das geplante Unternehmen. Er bezeichnet die Situation als ernst und sagt, daß sie es auf Wochen bleiben könne und die angespannteste Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft erfordere. Die Darstellung des „Vorwärts“ stammt von einer „gut unterrichteten Seite“, die darauf hinweist, daß die deutschnationalen Putschisten nicht nur einen sehr großen Teil der Orgesch hinter sich haben, sondern daß sie auch aus dem alten Offizierskorps erhebliche Reserven bekommen würden. Der „Vorwärts“ teilt im Anschluß an diese Darstellung noch mit, auf welche Weise das Stinnesblatt dazu gekommen ist, seinen Alarmruf auszustößen. Er schreibt:

„Vor kurzem hat in der Diele des Weinrestaurantis Traube ein Bankett von etwa 60 Industriellen stattgefunden, dem Ludendorff präsiert hat. Es sind dort sehr eingehend die Chancen der Reaktion und Gegenrevolution erörtert worden. Unter den Industriellen befand sich auch ein Stinnes sehr nahe stehende Person. Ist es nicht möglich, daß ihre Einbrüche von der Unterredung her veranlaßt haben, Herrn Stinnes zu alarmieren, der seinerseits wiederum die Warnung der „D.A.Z.“ herausgegeben hat?“

Auch uns ist eine ähnliche Darstellung zugegangen. Im übrigen wissen wir, daß die Reichsregierung schon seit längerer Zeit über das putschistische Unternehmen der monarchistischen Kreise informiert ist. Wir verlangen, daß sie das Material so schnell wie möglich der Öffentlichkeit bekannt gibt. Sie trägt an den Dingen, die sich jetzt entwickeln, in erster Linie die Schuld, denn sie hat nach dem Kapp-Putsch weder dafür gesorgt, daß die Verdreher hinter Sallo und Riegel gefest wurden, noch hat sie Maßnahmen getroffen, um die Bildung der geheimen militärischen Verbände zu verhindern. Vor allem hat sie das Entwaffnungsgesetz

noch nicht gegen die Reaktion angewendet; sie hat absolut nichts getan, um das Anlegen von geheimen Waffenlagern zu unterbinden oder die Waffenlager, soweit sie bereits angelegt sind, restlos auszuheben.

Die Soldaten und die Sicherheitsbeamten machen wir schon heute darauf aufmerksam, daß sie verpflichtet sind, den Offizieren, die sie für ein verbrecherisches Abenteuer gewinnen wollen, den Gehorsam zu verweigern. Die Soldaten sowohl als auch die Mannschaften der Sicherheitspolizei sind auf die Republik vereidigt. Tritt ein Offizier an sie mit Versprechungen heran, wird der Versuch unternommen, sie durch Geld oder gar Befehle für das Putschunternehmen sicher zu machen, so müssen sie ihrem Eid gemäß Widerstand leisten und die Offiziere, die sich an derartigen Machenschaften beteiligen, davon jagen.

Die Londoner Konferenz

„Bittere Wahrheiten“ für Deutschland in Vorbereitung

EE. London, 26. Februar.

Marshall Foch und der englische Marshall Wilson wurden dringend nach dem Landesherr Lord Georges in Chqueur berufen und werden noch heute dort eintreffen. Es scheint also in Aussicht genommen zu sein, zunächst die Strafmaßnahmen gegen Deutschland zu besprechen.

Den Berichten Pariser Blättern aus London ist zu entnehmen, daß bereits am 29. Januar der englische Ministerpräsident den übrigen Ministern der Alliierten den formellen Beschluß des obersten Rates hinsichtlich der Strafmaßnahmen bekannt gab. Nur die Bestimmungen wegen der Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund befinden sich nicht in dem offiziellen Programm. Dem „Echo de Paris“ zufolge würde sich die Debatte mit den deutschen Vertretern, die am Dienstag ihren Anfang nehmen soll, in folgender Weise abspielen: Zunächst würde Dr. Simons das Wort erteilt werden, um die Einwendungen Deutschlands vorzubringen. Es würde Dr. Simons aber nicht gestattet werden, die Debatte über die Kriegsverantwortlichkeiten aufzurollen. Lord Georges wird Dr. Simons antworten und alles deutet darauf hin, daß Deutschland wieder einmal bittere Wahrheiten zu hören bekommen wird. Man wird ihm die Forderungen, die es in Frankreich vorgenommen hat, vorhalten.

Was die Finanzdebatte anbetrifft, so wird sie von Loucheur geleitet werden. Die französische Regierung wird keinerlei Herabminderung der Ziffern, die am 29. Januar festgelegt wurden, gestatten. Sie wird nur die Debatte über die gegenüber diesen Ziffern gemachten Angebote Deutschlands zulassen. Die Brüsseler Sachverständigen veröffentlichen einen zweiten Bericht, worin sie ausdrücklich erklären, daß die in Paris in Aussicht genommene Summe, welche Deutschland zu bezahlen habe, der Zahlungsfähigkeit Deutschlands entspreche, namentlich wenn man dem Umstände Rechnung trage, daß Deutschland in Gold bezahlen müsse, und das Gold gegenüber dem Werte von Waren entwertet wurde.

Der „Petit Parisien“ berichtet aus London, daß man in gewissen englischen Kreisen wirtschaftliche Strafmaßnahmen den militärischen vorgezogen würde und daß in diesem Sinne ein Vorschlag gemacht werden soll. Von französischer Seite ist aber mit der Annahme eines derartigen Vorschlages nicht zu rechnen. Die französische Abordnung wird mit aller Strenge darauf dringen, daß die Entschädigungsfrage vor der Entwafrungsfrage erörtert werde. Letztere betrachte man in Frankreich als vollkommen geklärt, so daß sie gar nicht mehr in Betracht komme. — Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß man an militärischen Maßnahmen längs der Mainlinie denke. Man werde Frankfurt a. M. und Bayreuth besetzen um eine Verbindung mit der Tschechoslowakei herzustellen und die Verbindung Bayerns mit Preußen zu trennen. Auch die Nordschiffen Deutschlands würden besetzt werden.

Die Kontrolle der leeren Börse

EE. Paris, 26. Februar.

Der französische Ministerpräsident empfing gestern die alliierten Pressereizeiter und gab seiner Genugtuung über die bei den Beratungen in London bereits erzielten Fortschritte Ausdruck. Ueber das Entschädigungsproblem äußerte sich Brandt wie folgt:

Es ist dies eine Frage der Gerechtigkeit, die alle Völker angeht. Solange sie nicht geklärt sein wird, wird die ganze Welt in Unruhe verharren. Wenn Deutschland bei seinen Zahlungen Schwierigkeiten habe, so habe Frankreich sie seinerseits auch. Die Schwierigkeiten der Welt werden sich aber zweifellos dem Volke zuwenden, das angegriffen worden ist und den Sieg davongetragen hat. Die Gerechtigkeit der französischen Ansprüche könne nicht in Zweifel gezogen werden. Jeder Schuldner, der schlechten Willens ist, erklärt seine Zahlungsunfähigkeit. Man hat aber kein Bestreben dafür, daß ein Richter eine derartige Behauptung ungeprüft hinnimmt. Wir sind nach London gekommen, um die Gegenanschläge Deutschlands anzuhören. Wenn Deutschland sich aber vorgenommen habe, nur über sein Ansehen zu klagen, so wird Frankreich beweisen, daß dieses Ansehen auch leicht zu tragen ist. Gibt Deutschland vor, nichts in seiner Börse zu haben, so muß es diese Börse in einer Weise öffnen, daß die Franzosen selbst hineinblicken können. Will es dies nicht gutwillig tun, so werden die Franzosen sie selbst gewaltsam öffnen.

Levis Klage

Aus einem langen Aufruf, aus einem Leitartikel und aus dem ersten Teil eines Berichts, Fortsetzung folgt, erfahren die Leser der „Roten Fahne“ endlich, daß in der Zentrale ihrer Partei etwas los war. Es ist immerhin ein nicht ganz unwesentlicher Umstand, wenn in einer Partei die Vorsitzenden und einige andere prominente Persönlichkeiten gestürzt und durch andere Herren ersetzt werden. Wenn wir der „Roten Fahne“ glauben dürfen, so hat das alles aber nicht viel zu sagen. Die fünf gestürzten Götter werden künftig „als einfache Soldaten“ ihre Pflicht tun und alles andere wird bleiben wie zuvor. Wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß sich die Mitglieder der Kommunistischen Partei eine andere Meinung über die Sache bilden werden. Zeigt sie ihnen doch, um die organisatorische Seite der Angelegenheit vorweg zu nehmen, wie wenig sie selbst in ihrer Partei mitzusprechen haben. Sonst ist es üblich, daß die Parteivorstände und die anderen Mitglieder des Parteivorstandes vom Parteitag, von den Beauftragten der Parteigenossen im Lande, gewählt werden. In diesem Fall aber sehen die Parteibureaucraten sich selbst gegenständig an und ab, oder vielmehr, auch sie dürfen dabei nicht ihrer Meinung folgen, sondern sie haben dem Stolz zu parieren, der von Moskau aus über sie geschwungen wird. Das alles zusammen nennt sich proletarische Demokratie, Selbstbestimmung der Massen!

In der Sitzung des Zentralschusses hat Paul Levi über die internationale Frage gesprochen. Aus dem frühesten Bericht ist soviel zu erkennen, daß er bewegliche Klagen über seine Differenzen mit der Moskauer Exekutive und über die Unzuverlässigkeit seiner „Kampfesgenossen“ führte. Die Berliner Opposition habe die Parole der Zentrale gegenüber der Entente in Gegensatz gebracht zu der Parole der russischen Genossen, die die wirklich revolutionäre sei. Ein Fehler sei es, daß die Moskauer Exekutive die R. A. P. D. als sympathisierende Partei zugelassen habe; die „Institution der Sympathisierenden“ mag für andere Länder nützlich sein, auf Deutschland dürfe sie nicht angewendet werden. Auch eine andere Parole, nämlich das Bündnis mit Sowjetrußland, sei von der Berliner Opposition beantragt worden. „Es ist direkt ein Verhängnis“, jammerte Levi, „daß die Genossen die Bedeutung der Parole nicht erkannt und die Aktion geschädigt haben. Dann sei die Berliner Zentrale in Gegensatz zur Exekutive in der Gewerkschaftsfrage gekommen. Das Exekutivkomitee sei mit den Syndikalisten und Unionisten in Verbindung getreten, und dadurch seien die deutschen Kommunisten den Massen in den Arbeiterorganisationen als Spalter erschienen. Dieses Eingeständnis, daß die Syndikalisten und Unionisten in Moskau anerkannt worden sind, ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die kommunistischen Gewerkschaftsspalter bis in die letzten Tage hinein frech gelogen hatten, daß nur die rheinisch-westfälische Arbeiterunion, die eigentlich eine Gewerkschaftsorganisation darstelle, in den Kreis der Moskauer Gewerkschaftsinternationale aufgenommen worden sei.“

In der italienischen Frage schließlich hat Levi ähnliche Erfahrungen machen müssen wie unsere Genossen Crispian und Dittmann bei ihrer Moskauer Reise. Wir hören darüber:

„Ich bin nicht mit eigenen willkürlichen Anschauungen nach Livorno gereist, sondern meine damalige Stellung ist die der Zentrale, der Redaktion der „Roten Fahne“ und des Vertreters des Exekutivkomitees gewesen. Erst nach meiner Rückkunft und nach Veröffentlichung des Artikels in der „Roten Fahne“, der nur die vorher festgelegte Meinung wiedergegeben hat, ist ein Teil derselben, die ursprünglich meiner Meinung waren, umgefallen, teils einmal, teils mehrmals. Die Resolution, die die Zentrale am 20. Januar vorgelegt hat, ist einstimmig gefaßt worden.“

Erinnert das nicht lebhaft daran, wie vor dreiviertel Jahren unsere Genossen Crispian und Dittmann in voller Einmütigkeit mit Däumig und Stoeder nach Rußland gefahren, wie sie der Meinung waren, daß die kameradschaftlich gefaßten Beschlüsse auch ausgeführt werden müßten, bis sie durch das Verhalten der Däumig und Stoeder eines anderen belehrt worden sind? Es war damals wie heute. Die Mitreisenden unserer Genossen sind „umgefallen, teils einmal, teils mehrmals“.

Wenn der Zentralschuss, so erklärte Levi weiter, in der italienischen Frage sich für den Standpunkt der Exekutive entscheide, so sei das eine Entscheidung über die Lebensfrage der deutschen Partei. Paul Levi, der doch immerhin auch einige Erfahrungen gesammelt hat, ist also ganz anderer Meinung, als seine Nachfahren in der Zentrale, die ihren Mitgliedern einreden wollen, es handele sich bei diesen Dingen nur um nebensächliche Erscheinungen.

Nach Levi trat in der Sitzung ein Schreckenstind auf, das nicht wie seine deutschen Genossen mit schönen Redensarten um den heißen Brei herumging, sondern die Dinge, wie sie in der Kommunistischen Internationale liegen, hat ausgesprochen. Karbocki, als Vertreter der Exekutive, führte nach dem Bericht der „Roten Fahne“ aus:

Gebietet die Rücksicht auf die Klarheit der kommunistischen Partei solche Spaltungen, dann müssen sie vorgenommen werden, wenn es notwendig ist, zehamot, ganz gleich, ob in Italien, Frankreich, oder Deutschland. Auch in der neuen französischen kommunistischen Partei hat die dritte Internationale Elemente bekommen, wie

Cashin und Lafond, die meines Erachtens unerwünscht sind. Für eine kommunistische Partei handelt es sich nicht darum, unklare Massen zu bekommen, sondern jedes einzelne Mitglied muß ein aktiver Soldat sein. Wer keine kommunistischen Funktionen ausübt, für den ist kein Platz in der Partei.

Nun gehört also auch schon der Franzose Cashin zu den Elementen, die aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen werden müssen! Seine Subtilitäten, seine Fugfälle vor Moskauer Nützen ihm nichts mehr. Die französische kommunistische Partei muß schnellstens wieder gespalten werden. Und die neue Spaltung darf sich nicht etwa auf Frankreich beschränken, sie muß auch in Deutschland durchgeführt werden. Hinaus mit Levi, Däumig, Klara Zetkin, Adolph Hoffmann aus der kommunistischen Internationale! Hier haben nur solche Leute Platz, die ihre Meinungen wie ihre Hemden wechseln können, im Grunde genommen aber nur die eine Meinung haben dürfen, die von der Moskauer Kirche als die allein seligmachende anbefohlen wird!

Diese Offenheit, die aber nur das feststellt, was tatsächlich ist, ging dem wackeren Stoeker, der doch das Umschlagen aus dem Grunde versteht, zu weit. Zwar hat er bei den Auseinandersetzungen in der Unabhängigen Sozialdemokratie offen bekannt, daß er jede Spaltung des Proletariats als etwas erfreuliches ansehe. Damals aber war er noch nicht auf den höchsten Parteistufe geklettert. Jetzt sollte er selbst Parteivorsitzender werden, und da packte ihn die Angst vor der eigenen Courage. „Wenn das, was Marboeuf sagte,“ so führte er aus, „die Taktik der kommunistischen Internationale würde, müßten wir uns mit aller Schärfe dagegen wenden.“ Ah nein, Stoeker wird sich nicht dagegen wenden. Wenn der Moskauer Stoß droht, so werden die Stoeker wieder umfallen, „einmal, mehrmals“.

Wenn diese Dinge nicht so unendlich traurig für das Proletariat wären, so brauchte man sie nur von der heiteren Seite zu nehmen. Wie niedrig müssen doch die Moskauer Gewalttäter und ihre deutschen Stipendiaten die deutsche Arbeiterklasse einschätzen, daß sie ihr solche Unfähigkeit zu bieten wagen! Wie muß es um den Geisteszustand von Arbeitern bestellt sein, die sich derartige Zumutungen widerspruchslos gefallen lassen! Was kann eine Partei wert sein, die einen Stoeker, einen Brandler als ihre Vorstehenden erträgt, die eine Klara Zetkin, deren Verdienste um das Proletariat von niemandem bestritten sind, aus ihrer Leitung hinauswerfen läßt!

Die kommunistische Partei muß an dem zugrunde gehen, was sie uns anputzt und versucht hat. Der Kampf um die „Parolen“, der in ihren Reihen ausgefochten wird, spiegelt die Verwirrung in den Köpfen wieder. Nicht Kommunismus und nicht Sozialismus bestimmen ihre Taktik, sondern der alles zerstörende und verwüstende Putschismus. Die Kommunisten führen nicht den Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern gegen das Proletariat. Ihre sinnlose Taktik zerstreut die Arbeiterklasse, zerstört die eigene Partei und trägt auf diese Weise ungeheuer zur Stärkung der Bourgeoisie bei. Es sind Krankheits- und Verfalls Symptome, die zur vorübergehenden Stärkung der kommunistischen Partei geführt haben, die aber um so schneller überwunden werden, je schneller das gesamte Proletariat sich auf den Boden der sozialistischen Erkenntnis wieder zurückfindet.

Die Unabhängige Sozialdemokratie aber liegt, trotz ihres Mißerfolges bei den Wahlen. Sie ist dazu berufen, das Proletariat auf den Boden der sozialistischen Erkenntnis zurückzuführen, indem sie die Krankheits- und Verfallserscheinungen in der Arbeiterklasse nicht mit täglich wechselnden „Parolen“, sondern mit der Pflanze des proletarischen Klassenkampfes in der Hand beseitigt. Diese Aufgabe werden wir erfüllen! Unsere Parteigenossen werden mit verdoppelter Kraft und Opferwilligkeit den Kampf führen um die Verwirklichung des Sozialismus, um die Eroberung aller Postionen, die schon jetzt die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern geeignet sind. Reformismus, Putschismus, Anarchismus werden ebenso überwunden werden, wie Gleichgültigkeit und Verdrörsenheit. Dem revolutionären Sozialismus gehört die Zukunft für ihn wird die Unabhängige Sozialdemokratie bis zum endgültigen Siege kämpfen!

Um die neue preussische Regierung

Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zur Frage der Regierungsbildung in Preußen wird durch folgende parteioffizielle Meldung gekennzeichnet:

Am Freitag, den 26. d. M., nachmittags, traten im Reichstag der Hauptvorstand, die Reichstagsfraktion und die neue Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die politische Lage eingehend besprochen wurde. Es ergab sich volle Einmütigkeit über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen. Von der Deutschen Volkspartei lag die, auch durch die Presse bekanntgewordene Anregung vor, die Verhandlungen über die neue Kabinettsbildung in Aussicht auf London zu versetzen, da alles vermieden werden müsse, was nach außen einen feindschaftlichen Eindruck hervorrufen könne. Von der Vertretungsorgane der Deutschnationalen Volkspartei wurde einstimmig eine an die Deutsche Volkspartei zu richtende Antwort beschlossen, in der die Deutschnationale Volkspartei den alsbaldigen Eintritt in die in Aussicht genommenen Besprechungen vorschlägt, weil sie die in der bevorstehenden Londoner Konferenz liegende Gefahr für eine so unmittelbar drohende Ansicht, daß die zu treffenden Vorkehrungen nicht länger aufgeschoben werden können.

Die beiden reaktionären Parteien werden also gemeinsam agieren, um auf ihre Art „Vorkehrungen“ gegen die von London drohende Gefahr zu treffen. Man darf gespannt sein, was dabei herauskommt. Bis dahin wollen sie die weitere Erörterung der Frage der Regierungsbildung versetzen.

Wie außerdem gemeldet wird, hat die erweiterte Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei Beschlüsse in der Frage der Regierungsbildung nicht gefaßt, diese vielmehr der preussischen Fraktion überlassen, die am 8. März, zwei Tage vor Eröffnung des Landtags, zusammentritt.

Ebenso dürfte der Vorstand der Demokratischen Partei, der heute und morgen in Berlin über die politische Lage verhandelt, keine Beschlüsse in der Frage der Regierungsbildung fassen. Die demokratische Landtagsfraktion wird bereits in der kommenden Woche eine Sitzung abhalten.

So dürften also die endgültigen Entscheidungen in der Frage nicht vor dem Zusammentritt des neuen Landtags fallen.

Erzbergers Steuerangelegenheit

Die Staatsanwaltschaft hat beim Reichstag den Antrag gestellt, das Haus möge die Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen Erzberger wegen Steuerhinterziehung erteilen. Der Abgeordnete Erzberger hat nun an den Geschäftsausschuss des Reichstags ein Schreiben geschrieben, das in der „Germania“ veröffentlicht wird. Erzberger schreibt:

„Ich erlaube dem Reichstag und den Geschäftsausschuss auf das dringendste, diesem Antrag alsbald stattzugeben zu wollen, damit einem politischen Skandal ohne gleiches Ende bereitet werden kann. Ich habe diese Unternehmung nicht nur nicht zu fürchten, sondern wünsche nach dem seit einem Jahr Erlebten ihre rascheste Durchführung.“

Erzberger schildert, wie Anfang 1920 bei dem zuständigen Finanzamt Charlottenburg seine Steuerkraften geköhnt und photographiert und dies Material dann in deutschnationalen Zeitungen veröffentlicht wurde. Am 9. März 1920 ließ die Regierung eine Mitteilung verbreiten, daß die Unternehmung ergebnislos sei, daß wesentlich unrichtige Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung nicht gemacht seien. Ebenso kam das Finanzamt zu dem Ergebnis, daß keine Steuerhinterziehung vorliege und keine Nachsteuer zu entrichten sei. Auch der Präsident des Landesfinanzamts schloß sich dieser Entscheidung an.

„Das preussische Finanzministerium,“ schreibt Erzberger am Schluß seines Briefes, „ließ die Sache wieder nahezu zwei Monate unerledigt liegen und hat trotz der Stellungnahme der Vorinstanzen aus politischen Gründen meine Steuerkraften zur erneuten Feststellung des Tatbestandes an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Nach einer peinlichen Unternehmung durch das zuständige Finanzamt, wie sie wohl gegenüber keinem zweiten Steuerzahler in Preußen bisher geführt worden ist, nach einer einjährigen Mahlung, unwahren Höhe meiner politischen Gegner, nachdem mehrere Instanzen er-

klärt haben, daß kein Grund zu einem Einschreiten gegeben sei, wird nun aus politischen Gründen nach einer bisher unerhörten Beschleppung der ganzen Angelegenheit — seit Ende März 1920 hat keine Untersuchungshandlung zu einer etwaigen weiteren Aufklärung des Sachverhalts mehr stattgefunden — die Steuerlast an die Staatsanwaltschaft abgegeben.“

Die hier geschilderten Vorgänge zwingen mich, von einem ganz unerhörten politischen Skandal gegen meine Person zu sprechen, rechtsergibt aber auch meine dringende Bitte, dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einleitung der Untersuchung wegen angeblicher Steuervergehen alsbald stattzugeben zu wollen.“

Unterschätzt nicht den Gegner!

Unter dieser Ueberschrift schreibt Dr. R. Kuczynski, der Direktor des statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, in der Finanzpolitischen Korrespondenz:

In einem Leitartikel im „Berliner Tageblatt“ Nr. 79 vom 17. Februar sagt Herr v. Gwinner: Lloyd George „frage doch seine wirklichen Sachverhältnisse aus der City oder aus Oxford und Cambridge! Da wird er zum Beispiel erfahren, wie ein Deutscher besteuert ist, der zehn Millionen Goldmark hatte. Der zahlt 60 Prozent Kapitalsteuer, bleiben vier Millionen; oder, zu dem hohen Durchschnitt von 5 Prozent gerechnet, 200 000 Mark Rente; weniger 10 Prozent Kapitalrentensteuer und 50 Prozent Einkommensteuer, bleiben 72 000 Mark; weniger Kommunal- oder Kreissteuern, Gemeindef-, Gebäude- und Wohnsteuern, wenig gerechnet 22 000 Mark, bleibt ein Rest von 50 000 Mark, oder, zum Tageskurs zirka 200 Pfund Sterling (weniger als 1000 Dollars). Also ein zehnfacher Millionär ist auf die Stufe eines besseren Londoner Handlungsgehilfen gesunken.“

Herr v. Gwinner weiß natürlich:

1. daß das Reichsnotopfer von einem Vermögen von zehn Millionen Mark nicht 60 Prozent, sondern höchstens 54 Prozent beträgt.

2. daß bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer das Grundvermögen nur mit dem Zwanzigfachen des Reinertrages, das Betriebsvermögen nur mit 50 Prozent seines Wertes angeschätzt wird, daß bei Vorauszahlungen ein Rabatt gewährt, und daß selbstgezeichnete Kriegsanleihen zum Nennwert angenommen sind.

3. daß mithin das Reichsnotopfer bei einem Vermögen von 10 Millionen Mark durchschnittlich etwa 4 Millionen Mark ausmacht.

4. daß die Einkommensteuer bei einer Kapitalrente von 200 000 Mark nicht 60 Prozent, sondern höchstens 40 Prozent (nicht 105 000 Mark, sondern höchstens 72 735 Mark) beträgt.

5. daß jemand, dessen gesamtes Einkommen aus Kapitalrente besteht — und nur dieser hat ja 10 Prozent von seinem Einkommen als Kapitalertragsteuer zu zahlen —, unmöglich zur Gewerbe- oder Gebäudesteuer herangezogen werden kann.

6. daß mithin ein Mann mit einem Vermögen von 10 Millionen Mark nach Entrichtung von Reichsnotopfer, Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer, Kommunal-, oder Kreissteuern, Gewerbesteuer, Gebäude- und Wohnsteuern eine Rente von etwa 150 000 Mark und nicht von 50 000 Mark bezieht.

Was das weiß Herr v. Gwinner. Warum glaubt er dann aber, daß Lloyd Georges „wirkliche Sachverhältnisse aus der City oder aus Oxford und Cambridge“ das nicht wissen?

Es ist in der Politik wie im Geschäft eine Lethet, den Segen der Dämmerung zu halten als sich selbst.

Krisenstimmung im Unterhaus

London, 26. Februar.

In der gestrigen Unterhausdebatte einigte die Regierung bei der Abstimmung über Ergänzungsvorschläge für das Amt für öffentliche Arbeiten mit knapper Not einer Niederlage. Sir Maclean brachte einen Änderungsantrag ein, den Vorschlag um 100 000 Pfund zu vermindern. Für das Amendement stimmten 78, dagegen 88 Abgeordnete. Das Ergebnis wurde mit lautem Beifall und dem Ruf: „Zurücktreten“, aufgenommen. Daily Sketch zufolge stimmten 43 Koalitionsmitglieder gegen die Regierung; die Mehrheit davon waren Unionisten, darunter auch die beiden Ceclils. Die Wähler nehmen in Leitartikeln zu der gestrigen Abstimmung Stellung. „Daily News“ schreibt: Sie sei das erste offene Zeichen der aufsteigenden Einflüsse, die in der Koalition an der Arbeit seien.

Sozialistisches aus Griechenland

Von H. Steinweg

Der Verfasser dieses Artikels hat lange in Griechenland gelebt und ist der Uebersetzer von Engels ins Griechische.

Griechenland feiert in den nächsten Wochen das hundertjährige Jubiläum seiner Befreiung von den Türken. Im Frühjahr 1821 erhoben sich die Hellenen gegen die Pforte. Nach jahrelangen, wechselvollen Kämpfen gelang es im Jahre 1830 den Aufständischen, mit Hilfe Englands, Frankreichs und Russlands einen eignen Staat zu gründen. Die europäische Diplomatie beging aber den großen Fehler, die Grenzen des jungen Staatswezens nicht zu eng zu ziehen. Die große Mehrheit der Griechen verblieb unter der Herrschaft des Sultans. Man darf sich daher nicht wundern, daß das Land nie zur Ruhe kommen konnte. Die fortwährenden Revolutionen und Fehden, deren Ziel die Gründung eines lebensfähigen griechischen Nationalstaates war, führten dasselbe immer mehr und mehr dem Abgrund entgegen, bis es endlich durch die Balkan-Kriege 1912-13 diesem Ziel nahe gekommen zu sein schien. Da kam der Weltkrieg, durch den Griechenland infolge der imperialistischen Politik der Großmächte in eine wahre Sackgasse geraten ist.

In einem Staat, in dem der nationale Gedanke infolge der Unterdrückungspolitik der Pforte ihren christlichen Unterthanen gegenüber sich so gut entfalten konnte, war natürlich für sozialistische Ideen kein Platz, besonders wenn man berücksichtigt, daß es in Griechenland bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts fast keine Industrie von Bedeutung und noch kein Proletariat in unserem Sinne gab. Erst in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat sich unter dem Einfluß des internationalen Kapitalismus der Gegensatz zwischen Arm und Reich verschärft. Der Sozialismus, als eine neue Weltanschauung, konnte allmählich nun auch in Hellas seinen Einzug halten.

In den neunziger Jahren waren es einige Literaten, die zum ersten Mal in diesem Lande das Evangelium des Sozialismus verkündeten. 1909 wurde in Athen der „Sozialistische Verein“ begründet, der es sich zur Aufgabe stellte, das griechische Volk mit den marxistischen Theorien bekannt zu machen. Die Mitglieder dieses Vereines waren zum Teil wohlhabende junge Griechen, die in Deutschland studiert hatten, die aber infolge ihrer bürgerlichen Erziehung und Denkungsweise nicht recht verstanden, die griechischen Arbeiter in die sozialistische Ideenwelt einzuführen oder gar sie für diese zu begeistern. Man gründete auch eine sozialistische Wochenschrift, die „Zukunft“, in der u. a. Engels „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ in griechischer Sprache erschien. Das Blatt

mußte aber schon nach einem Jahr wegen finanzieller Schwierigkeiten sein Erscheinen einstellen.

Unterdessen hatte schon einige Jahre vorher die Athener literarische Wochenschrift „Rumas“ ihre Spalten sozialistischen Erörterungen zur Verfügung gestellt. In radikaler Weise bekämpfte noch heute dieses Blatt den bürgerlichen Patriotismus und Nationalismus und tritt offen für eine Verbrüderung der griechischen Proletarier mit den Klassengenossen in Bulgarien und in der Türkei ein. Besonders sind es gewisse literarische Kreise, die Anhänger der für die neugriechische Kultur ungemein wichtigen Sprachreform, die mit Erfolg für die großen Menschheitsideale kämpfen. Der größte Dichter Neugriechenlands, Palamas, gehört zu ihnen. Ein anderer Dichter, Rigas Vossis, schrieb 1908 das erste Bühnenwerk mit rein sozialistischer Tendenz. Vor allem aber ist es der Schriftsteller des „Rumas“, Tanpopulos, der seit sinniger Verfasser von Romanen und Dramen sozialen Charakters, der in seinen Werken der bürgerlichen Gesellschaft tüchtig zu Leibe geht. Kürzlich erschien aus seiner Feder das erste griechische antimilitaristische Literaturzeugnis, das Drama „Die Erlösung“, das gerade jetzt, zur Revolutionierung der Geister beitragen wird.

An dieser Stelle sei auch der „Sozialistischen Arbeiterpartei Griechenlands“ gedacht. Sie wurde während des Weltkrieges gegründet. Trotz ihres kurzen Bestehens ist aber ihr geistiger Einfluß auf das griechische Volk schon von größter Bedeutung. In der Tageszeitung „Radikal“ hat sie sich ein Organ geschaffen, das mit gutem Erfolge die im Grunde noch sehr rückständigen politischen und sozialen Anschauungen der heutigen Griechen bekämpft. Die Partei, die besonders unter den Arbeitern der Tabakindustrie Mazedoniens einen sehr großen Einfluß besitzt, hat sich vor allem der griechischen Jugend angenommen. Man gründete eine besonders „Erziehungsabteilung“, in der die Jugend methodisch in die sozialistischen Probleme eingeweiht wird. Wie leicht und mit welcher Begeisterung sich der so empfängliche Geist der Griechen in die neue Weltanschauung einarbeitet, beweisen die zahlreichen Zuschriften, die der „Radikal“ und die Partei täglich aus den Kreisen der arbeitenden Jugend und sogar von Soldaten der kleinasiatischen Front erhält. In harmloser Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei bildete sich im Dezember 1920 die sog. „Reinigung sozialistischer Studenten Griechenlands“. Die Studentenschaft der griechischen Hochschulen setzt sich zum größten Teil aus Angehörigen der unermittelten Bevölkerungsklassen zusammen, ähnlich wie im zaristischen Rußland, so daß man von dieser Seite aus viel für die sozialistische Bewegung in Hellas erwarten darf.

Anzuerkennen ist auch die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der internationalistischen und sozialistischen Literatur. Bei Festlichkeiten werden die Bühnenwerke von Tanpopulos und Rigas Vossis aufgeführt, sowie Gedichte von Palamas vorgelesen;

natürlich werden auch die Ergebnisse der fremden Literaturen nicht vernachlässigt. Diese ganze Arbeit — auch die Herausgabe von zwei mehr wissenschaftlichen sozialistischen Revuen gehört dazu — ist von der größten Bedeutung, da der Staat, besonders durch sein hinterwäldlerisches Schulsystem, eine freigeistige Entwicklung des Volkes nicht aufkommen läßt.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die sozialistische Bewegung auf geistigem Gebiet in Hellas gute Fortschritte macht. Der nationale Freiheitsdrang der Griechen scheint vor hundert Jahren der Menschheit die Griechenlieder eines Goethe, eines Byron, eines Wilhelm Müller. Möge auch der soziale Freiheitsdrang in den Herzen der Hellenen immer mehr Platz greifen!

Der Philosoph der Reaktion. Am 26. Februar sind 100 Jahre seit dem Tode von Joseph de Maistre vergangen, einen der bedeutendsten und wirksamsten Vorläufer jener Ideen, die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Romantik und die Reaktion nach der französischen Revolution geistig vorbereiteten. Wohl kaum ein anderer Geist hat so entschieden gegen die Aufklärungphilosophie des 18. Jahrhunderts, gegen die Revolution, gegen Fortschritt und Freiheit des Menschen Stellung genommen. Maistre (sprich: Mätr) war der glühendste Prophet des Rückwärts, der Paladin der Religion, des Königtums und der feudalen Bergangehörigkeit, in der er allein die „Rettung“ für das durch die Revolution natürlich aufgelöste aber auch befreite Europa erblickte.

Graf Joseph de Maistre wurde 1751 in Savoyen aus einer alten vornehmen Beamtenfamilie geboren, in der ein starker und frommer Geist herrschte. In so völigem Gegensatz war er erzogen, daß er selbst als Student in Turin niemals ein Buch las, ohne vorher die Erlaubnis seines Vaters einzubohlen. In ernsthaftesten Studien, bei denen er sich hohen Sprachen aneignete, erwarb er sich ein gewaltiges Wissen, und diese Kenntnisse wußte er in einer ausgedehnten Schriftstellerei mit glänzenden literarischen Gaben zu verwerten. Als Generaldirektor des Napoleon vertriebenen Königs von Sardinien lebte er lange Zeit in Petersburg, wo seine wichtigsten Werke entstanden sind. Alle seine Arbeiten, von denen die Betrachtungen über Frankreich, die Abende von St. Petersburg und sein berühmtes Buch über den Papst die wichtigsten sind, verfolgen dasselbe Ziel und denselben Zweck: den Geist der Aufklärung zu bekämpfen, den Weltuntergangskarakter der französischen Revolution zu „bemeiseln“, auf den Trümmern der zerstörten feudalen Gesellschaftsordnung die Herrschaft der Religion wieder aufzurichten und die Vorsehung Gottes als das höchste Prinzip alles menschlichen Denkens festzulegen. In Frankreich sah er das Werkzeug der Vorsehung auf Erden, und er suchte nachzuweisen, daß das Land immer dann ins Unglück gekommen sei, wenn es sich vom Papstum entfernt hatte! In seinem kraftvollen und aufrüttelnden Stil erinnert de Maistre an die klassischen religiösen Schriftsteller des 17. Jahrhunderts, an Bossuet, aber er ist beweglicher als dieser, zugleich paradoxer und maßloser. Er hatte den persönlich anerkennenswerten Mut, alles zu

